

Die »Alternative für Deutschland« und ihre Reset-Kulturpolitik



Dr. Tobias J. Knoblich ist Kulturdirektor der Landeshauptstadt Erfurt und Vizepräsident der Kulturpolitischen Gesellschaft

Seit 2013 reüssiert in Deutschland der Rechtspopulismus in Form einer »Alternative für Deutschland«, kurz AfD, die euro- und globalisierungskritische Positionen mit nationalen Rezepten der Exklusion verbindet und damit vor allem Menschen eine Stimme gibt, die sich einfache Antworten auf komplexe Herausforderungen – und sicher auch reale Fehlentwicklungen – nicht nur wünschen, sondern auch selbst lautstark artikulieren möchten. Besonders in Ostdeutschland, vor allem seit den Pegida-Demonstrationen, entsteht der Eindruck, dass es eine abgehängte Bevölkerungsschicht gibt, deren Frust im selben Maße zunimmt wie ihr Selbstbewusstsein. Jetzt kommen in der Tendenz offenbar jene zur Sprache, die sehr ortsfest und »heimatverbunden« blieben und alles um sich herum als sich ausweitenden Strom der Entwurzelung erleben. Sie wollen die vermeintlich sichere Position des kleinen Mannes und seiner Scholle verteidigen (AfD-Wähler sind vor allem Männer), noch bevor die ersten Migranten ihren Lebensraum »besetzen« und ihnen näher auf den Leib rücken als Brüssel oder die Agentur für Arbeit, die bereits normierend auf sie einwirken. Das ist ein Tendenzbild vielleicht für den Osten (das auch das Niveau mancher Proteste erklären mag), aber dieser Reflex der »kleinen Leute« geht insgesamt nicht auf. Es ist ein durchaus heterogener Kreis verdrossener und eher konservativer Menschen, die sich der AfD zuwenden und sich von ihrer Partei so stark vertreten fühlen wie kein Wähler einer anderen.¹ Dennoch geht es wohl primär um soziale Claims, die abzustecken mit Schreckensbildern unbilliger Einflussnahme offenbar oberstes Gebot

¹ Vgl. Tilmann Steffen: Nicht nur die kleinen Leute, in: Zeit online, 23.08.2017.

und reflexartige Geste in einem sind. Überfremdung und Terror sind dabei zwei Seiten einer Medaille.

Die große Regression – weltweit

Vielerorts in Europa sind nationalistische Parteien erstarkt, überall in der Welt senden demokratische Gesellschaften Signale von Ermüdung aus. Bilder vitaler Gesellschaften in Zeiten des Wandels werden von ihnen nicht mehr glaubhaft projiziert. Transformation erscheint als Niedergangsszenario, die Bereitschaft zu Konsens schwindet. Die AfD ist somit Menetekel dessen, was Intellektuelle unterschiedlicher Länder inzwischen als »große Regression« beschreiben und weltweit die Politik prägt, von den USA bis Russland oder Indien, von Frankreich bis in die Türkei, freilich mit je unterschiedlichen Ausprägungen, bis hin zu unterdrückter Meinungsfreiheit. Heinrich Geiselberger hat kürzlich einen gleichnamigen Band herausgegeben, der parallel in mehreren Ländern erscheint und den internationalen Diskurs über Globalisierung, politische Kultur und den Aufstieg autoritärer Politiker abzubilden und zu bündeln versucht.² In dieses Bild muss man wohl auch die Proklamationen der AfD einordnen; sie sind Teil einer regredierenden Kulturbewegung, die die Globalisierung zurückdrehen will und mit den Konsequenzen unserer weltweiten Vernetzung, die durchaus ambivalent ausfallen, nicht umgehen kann. Ivan Krastev etwa konstatiert: »Bedrohte Mehrheiten bilden in der Gegenwart die stärkste Kraft in der europäischen Politik. Sie befürchten, Ausländer könnten ihr Land

² Heinrich Geiselberger (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, Berlin 2017.

übernehmen und ihren Lebensstil bedrohen, und sie sind überzeugt, dahinter stecke eine Verschwörung kosmopolitisch gesinnter Eliten und tribalistisch denkender Immigranten.«³

Fatal daran ist, dass die Globalisierung in der Tat zur neoliberalen Entgrenzung nationaler Volkswirtschaften führte und verheerende Steuerungsdefizite sichtbar wurden, deren staatliche Kompensationen in krassem Gegensatz etwa zu Deregulierungsbestrebungen stehen, die hier mit Verweis auf Freihandelsabkommen oder ein schwer durchschaubares EU-Beihilferecht nur kurz aufgerufen sein sollen. Vielerorts fürchtete man um regionale Gestaltungskraft, während die Maßnahmen zur Rettung bestimmter Märkte das Vorstellungsvermögen vieler Menschen deutlich überstieg und sie auch erschütterte. Hier spürte man Macht und Einfluss – und eigene Ohnmacht. Dies nährte eine Politikverdrossenheit, die Hartmut Rosa in das Bild des Resonanzverlustes brachte, das sich gut in die Debatte über Postdemokratie (Crouch) oder simulative Demokratie (Blühdorn) fügt. Zwischen Bürger und Politik verlaufe ein Riss; die Politik erscheine nicht mehr als »Schrittmacher gesellschaftlicher Entwicklungen, sondern weit *hinterherhinkende* oder *sich durchwurstelnde* Feuerwehr.«⁴ Politische Programme würden als »alternativlose Sachzwanglogik« verkauft: »Die soziopolitische Welt antwortet nicht mehr; sie diktiert ihre Handlungs- und Strukturvorgaben in Gestalt von Sachzwängen.«⁵

Resonanz durch Mythen? Das »Kulturprogramm« der AfD

Interessant ist nun ein Vergleich mit dem Nationalsozialismus. Auch wenn man die Anhänger der AfD nicht pauschal mit Nazis gleichsetzen und primitive Schubladen bedienen darf, fallen deren ebenfalls schlichte und auf Illusionierung angelegte Narrative auf, die die von Rosa genannten Defizite politischen Handelns wohl nicht auszuräumen vermögen. Rosa stellt fest: »Die Politik der Nazis stiftete keine Antwortbeziehung zur Welt, sondern inszenierte nur eine Echokammer für eine imaginierte Volksgemeinschaft.«⁶ Das Kulturprogramm der AfD – und ihr Wahlprogramm ist im Wesentlichen ein Kulturprogramm – inszeniert ebensolche Echokammern, die einen reinen Kollektivkörper imaginieren und die Beziehung zur Welt kappen, belastbare Handlungsansätze schuldig bleiben: Nation als kulturelle Einheit (gemeint auch als ethnische Einheit), Bewahrung kultureller Identität (die keine fließenden oder hybriden Formen kennt), kulturelles Erbe (als Argument für unverrückbare Beziehungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart) oder deutsche Leitkultur (die den Islam ex-

3 Ivan Krastev: Auf dem Weg in die Mehrheitsdiktatur?, in: Geiselberger, a.a.O., S. 119.

4 Hartmut Rosa: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin 2016, S. 376 (Hervorhebungen im Original)

5 Ebd., S. 377f.

6 Ebd., S. 371.

kludiert, als habe es seine befruchtende Wirkung auf Europa nie gegeben, was einer unverschämten Ignoranz gleichkommt).⁷

Erkennbar wird eine Ersatzverzauberung an die Stelle einer notwendigen, auch bisherige Konzepte kritisch wendenden Debatte gesetzt, als gäbe es einen Notausgang aus einer Welt voller unausweichlicher Interdependenzen. Diese »Reset-Kulturpolitik« ist ein Skandalon, mit ihr umzugehen und ihr mehr entgegenzubringen als ein bitteres Lachen, scheint indes keine leichte Aufgabe und treibt viele Menschen um. Im Grunde handelt es sich gar nicht um Kulturpolitik, sondern vielmehr um bloße Versatzstücke eines assoziativen Weltbildes, die aber Menschen in ihrer vordergründigen Evidenz hinreichend mobilisieren. Haben sich Kulturpolitiker/innen in den letzten Jahrzehnten intensiv gemüht, Multi-, Trans- und Interkultur zu definieren, mit Konzepten zu unterlegen, starre Identitätsbilder aufzubrechen und für neue Formen von Gemeinschaft einzutreten, die sich aus Begegnung, Austausch und gegenseitigem Respekt entwickeln können, beugt die AfD den von Bassam Tibi europäisch gedachten – gleichwohl umstrittenen – Topos der Leitkultur zu einem deutsch-nationalen Exklusionsmodus. Dies reproduziert nicht nur den Mythos von einer ursprünglich »reinen« deutschen Kultur, sondern entwertet auch alle funktionierenden Formen kultureller Mischung und Integration.

François Jullien nennt in seinem aktuellen Essay kulturelle Identität einen »Schutzwall« und wendet sich gegen diese starke Geste der Differenz. »Anstatt die Verschiedenheit der Kulturen als Differenz zu beschreiben, sollten wir uns ihr mithilfe des Konzepts des *Abstands* nähern; wir sollten sie nicht im Sinn von *Identität*, sondern im Sinn einer *Ressource* und der *Fruchtbarkeit* verstehen.«⁸ Dass man die Räume des Abstands besser füllen kann, als die Mauern der Differenz zu überwinden sind, scheint mir mehr als ein souveränes Denkbild. Es unterstreicht die Fluidität, die es schon immer zwischen Kulturen gegeben hat und ohne die sich menschliche Zivilisation gar nicht hätte entwickeln können; konfliktbeladen war Austausch freilich auch stets. Aber man muss dieses Bild stark machen gegen die Mär der ursprünglichen Vollständigkeit. Es steht hier als *ein* Beispiel für die Dekonstruierbarkeit dieses AfD-»Kulturprogramms«.

Ausgrenzung und künstlerische Bloßstellung, mehr nicht?

Sieht man, wie stark die Wähler vor allem in ostdeutschen Bundesländern die AfD positionieren, stellt sich die Frage nach dem angemessenen

7 Vgl. als kompakte Darstellung Manuela Lück: Die Kulturpolitik der Alternative für Deutschland, Februar 2017 (E-Paper der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen).

8 François Jullien: Es gibt keine kulturelle Identität. Wir verteidigen die Ressourcen einer Kultur, Berlin 2017, S. 36 (Hervorhebungen im Original).

Umgang mit dieser Partei, ihren Funktionären und ihren Wähler/innen. Da es aber in den »Echokammern« der AfD nicht um Argumente, um Diskurs und damit fruchtbaren Austausch geht, eben weil es sich um geschlossene Räume von Gesinnung, Weltflucht und Abschottung handelt, sind Strategien des Umgangs schwierig und nicht risikofrei. Zwei starke Tendenzen, die wir derzeit beobachten, sind die der Ausgrenzung oder Distanzierung und die der künstlerischen Intervention. Die Strategie der Ausgrenzung versucht, sowohl den Umgang mit der AfD als auch ihre legitimierte politische Aktion zu vermeiden beziehungsweise zu konterkarieren, soweit das möglich ist. So ist unter anderem auch der Offene Brief an den Ältestenrat des Deutschen Bundestages zu verstehen, der sich gegen einen Vorsitz der AfD im Kulturausschuss aussprach und u. a. vom Präsidenten der Kulturpolitischen Gesellschaft unterzeichnet worden war.

Das »Zentrum für Politische Schönheit«, bekannt von zahlreichen grenzwertigen Projekten, hat die von Björn Höcke geforderte »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« und seine Rede von einem »Denkmal der Schande«, mit dem er das Holocaust-Mahnmal in Berlin auf unerträgliche Weise diffamierte, zum Anlass für eine künstlerische Aktion in seinem Wohnort Bornhagen genommen. Die Debatte über das Kunstprojekt ist sicher ambivalent, die Auseinandersetzung zwischen den Kontrahenten nicht frei von starken Pauschalurteilen: Höcke bezeichnet die Künstler als Terroristen, diese nennen ihn einen Nazi.⁹ Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht der Umgang mit unserer Erinnerungskultur, deren versuchte Reformulierung selbst in der ungleich gehaltvolleren Walser-Bubis-Debatte 1998 zu großen Verwerfungen führte; Höckes dabei aufblitzende Gesinnung spricht für sich. Klar ist, dass er provoziert und den Korridor für eine ernsthafte politische Debatte gar nicht erst öffnet. Er spielt mit der Vulnerabilität unseres kollektiven Umgangs mit großer Schuld, der in seiner Unabgeschlossenheit Sensibilität und

9 Vgl. Jana Simon: Höcke hat Besuch, in: DIE ZEIT vom 30.11.2017, S. 17ff.

Gefühl für Tabus benötigt. Eine starke Entgegnung, wo sonst nur entschiedene Zurückweisung möglich wäre, erlaubt allein der künstlerische Zugang, der seinerseits Verletzungen in Kauf nimmt: Höcke bekam eine Miniaturversion des Mahnmals vor sein eigenes Haus gesetzt. Kunst kann hier öffnen und fungiert gleichsam als Ventil, da ihre geschützte Grenzüberschreitung etwas erreicht, was uns in anderer Form verwehrt bliebe.

Beide Strategien sind angemessen und können in bestimmten Situationen hilfreich sein. Aber ohne Kommunikation vergrößern wir die Kluft zwischen den sich bedroht wahnenden »Mehrheiten« und demokratischen Akteuren in Politik und Zivilgesellschaft. Bei aller Schwierigkeit müssen wir sprachfähig werden, ohne die Funktionäre der AfD im umfassenden Sinne »salonfähig« zu machen. Wir neigen dazu, schnelle und definitive Haltungen einzunehmen, wenn unbequeme oder inakzeptable Akteure in Erscheinung treten. Erinnerung sei an den Umgang mit der damaligen PDS, die zunächst reduziert wurde auf Altkommunisten, ewig Gestrigte und Stasileute, was in vielerlei Hinsicht fatal war. Parteibildungen spiegeln eine gesellschaftliche Wirklichkeit wider, die wir nicht verdrängen oder maßregeln können. Diese Wirklichkeit verändert sich fortwährend, und auch Parteien verändern ihre Gestalt. An diesem Prozess können wir mitwirken, indem wir nicht Öl ins Feuer des Protestes gießen und den Eindruck vermitteln, es lohne sich, Grenzen zu überschreiten und dafür Aufmerksamkeit zu erlangen, sondern indem wir Debatten erzwingen. Das ist mühsam und sicher nicht mit jedem/r Anhänger/in der AfD möglich. Aber ohne den Versuch des Gesprächs, der immer auch ein Versuch der Öffnung ist, werden aus hermetischen Parolen keine verstehbaren Argumente, die die Menschen nachdenklich machen. Es gilt, über die Funktionäre die Menschen zu erreichen; die Politik der Abgrenzung kommt auf Dauer einer Bestätigung der AfD gleich. Nur müssen Debatten gut vorbereitet sein und ausgehalten werden. Mut zur Kontroverse, Mut zum Standpunkt, Mut auch zur Ergebnislosigkeit, wenn sie nicht vermeidbar ist – das sind wohl die Gebote der Stunde. ■

Generation precarité

»Am Beginn des 21. Jahrhunderts sind wir Zeugen der entgegengesetzten Entwicklung: prekäre Mini-Jobberei – früher vornehmlich ein Kennzeichen der Frauenarbeit – ist eine sich rapide ausbreitende Entwicklungsvariante später Erwerbsgesellschaften, denen die attraktive und gut bezahlte Vollerwerbstätigkeit ausgeht. Diese Transformation der Arbeitswelt trifft junge Leute besonders hart. Im Leben dieser Generation kommt schmerzhaft zusammen, was bis dahin getrennt war: die bestmögliche Ausbildung und die schlechtesten Arbeitsmarktchancen. Im Zentrum der globalen Protestbewegung erscheint ein neuer sozialer Typus: der perspektivlose Akademiker der Generation precarité.«

Ulrich Beck: Die Metamorphose der Welt. Berlin: Suhrkamp 2017, S. 251